

27. Februar 2012

metallnachrichten

für die Beschäftigten des Tarifgebietes ZF Lemförde



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Die Tarifkommission hat beschlossen

6,5 Prozent

Die Beschäftigten des Tarifgebietes ZF Lemförde brauchen 6,5 Prozent mehr Geld. Das hat die Tarifkommission am 23. Februar beschlossen. Dazu soll es Regelungen zur Leiharbeit, eine unbefristete Übernahme von Ausgebildeten und eine Einstiegsqualifizierung geben.

Damit ist der im Januar begonnene Diskussionsprozess beendet. Zum Entgelt hatte der Vorstand der IG Metall bereits einen Forderungsrah-

men von »bis zu 6,5 Prozent« empfohlen.

»Alle vier Themen gehören zusammen,« sagt IG Metall-Verhandlungsführer Wilfried Hartmann. Einmal hätten die Beschäftigten es verdient, am Aufschwung entsprechend beteiligt zu werden. Zum zweiten brauche die junge Generation echte Perspektiven, statt weiter in Befristung und Leiharbeit abgedrängt zu werden.

Wilfried Hartmann: »Die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung ist wichtig für die Jugendlichen, aber sie ist auch das beste Mit-

tel gegen Facharbeitermangel. Des Weiteren brauchen benachteiligte Jugendliche die Chance auf eine Ausbildung.« Außerdem soll über Qualifizierung von Beschäftigten und vernünftige Regelungen von Dual Studierenden geredet werden.

»Es darf keine zwei Klassen von Beschäftigten geben. Die Betriebsräte benötigen hier mehr Mitbestimmungsrechte.« Zum Thema Leiharbeit will die IG Metall zeitgleich mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und IGZ über Entgelte verhandeln.



Mehr Prozente
Faire Leiharbeit
Unbefristete Übernahme
Einstiegsqualifizierung

Tarif 2012
Wir haben's verdient

Leiharbeit müsse künftig zeitlich befristet, vernünftig entlohnt und der Einstieg in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sein, so Hartmann.

Die Arbeitgeber bei ZF signalisieren für alle Themen Gesprächsbereitschaft. Hartmann: »Wir haben eine spannende Tarifrunde vor uns.«

Kommentar

Zeichen gesetzt!



Die Zeichen sind gesetzt, jetzt geht es zur Sache: Die IG Metall will beim Thema Entgelt eine faire Beteiligung

der Beschäftigten am Aufschwung. Daneben sollen die Perspektiven für die junge Generation gestärkt werden. Dazu gehören die Themen Übernahme, Einstiegsqualifizierung und Leiharbeit. Die leichte Konjunkturdelle hat sich verzogen. Es ist genügend Spielraum für unsere Forderungen da.

Wilfried Hartmann,
Verhandlungsführer IG Metall



»6,5 Prozent mehr« lautet das einstimmige Votum der Tarifkommission vom 23. Februar.

Rückseite: So sind die Preise in Wirklichkeit gestiegen

Heizöl



Preisanstieg: +24,5 %
2011 wird den Verbrauchern als teuer in Erinnerung bleiben. Vor allem die Preisexplosion um fast ein Viertel bei Heizöl schlug sich schmerzlich im Geldbeutel nieder.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gas



Preisanstieg: + 4,6 %
Die Gaspreise stiegen im Jahr 2011 um 4,6 Prozent. Sie stiegen damit deutlich stärker als der Durchschnitt der Verbraucherpreise. Auch für 2012 sind Preissteigerungen vorgesehen.

Strom



Preisanstieg: + 7,3 %
Um 7,3 Prozent stiegen die Strompreise 2011 im Schnitt an. Ein Stromvergleich lohnt – bei über 900 Stromanbietern. Es gibt sogar Ökostromtarife, die günstiger als die Tarife des Grundversorgers sind.

Benzin



Preisanstieg: + 11,5 %
Kraftstoffe wurden 2011 übers Jahr um 11,5 Prozent teurer, errechnete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Durch die hohen Spritpreise stiegen 2011 die Kosten des Autofahrens um 4,2 Prozent.

So sind die Preise gestiegen

Offiziell lag die Teuerungsrate im Jahr 2011 bei 2,3 Prozent. Doch ein Blick auf den Warenkorb zeigt: Die entscheidenden Kosten für Lebensmittel und Energie waren erheblich höher.

Mit 2,3 Prozent hat die Teuerung gegenüber 2010 (+1,1 Prozent) und 2009 (+0,4 Prozent) deutlich zugenommen. Das lag vor allem an den Energiepreisen.

Energie verteuerte sich 2011 spürbar um rund zehn Prozent.

Überdurchschnittlich teurer wurden auch Nahrungsmittel (+2,8 Prozent) und alkoholfreie Getränke (+6,1 Prozent), Speiseöle um 12,6 Prozent (darunter Butter um +14,2 Prozent) sowie Kaffee um 17,6 Prozent und Fleisch um 2,8

Prozent. Günstiger war dagegen Gemüse (-3,9 Prozent).

Weil Gebrauchsgüter teilweise erheblich billiger geworden sind (Informationsverarbeitungsgeräte -9,2 Prozent), blieb es bei den 2,3 Prozent im Schnitt.

Wie das Statistische Bundesamt die Preisentwicklung rechnet:

Der Warenkorb unter der Lupe

Warum liegt die gefühlte Inflation oft höher als die amtliche Teuerungsrate? Ist sie nur gefühlt oder sogar real? Ein Blick hinter die Kulissen des Warenkorbs.

Die Inflationsrate bezieht sich auf alle Konsumausgaben. Sie ist ein Mittelwert, in den die Preisentwicklung für alle Ausgaben der privaten Haushalte entsprechend ihres jeweiligen Anteils am Beispiel eines Haushaltsbudgets eines durchschnittlichen Haushalts in Deutschland eingehen.

Bei der Berechnung der Verbraucherpreise geht man von einem »Warenkorb« aus, der sämtliche Waren und Dienstleistungen enthält, die für die Konsumwelt relevant sind. Die Auswahl von konkreten Produkten für die Preisbeob-

achtung erfolgt in Form von repräsentativen Stichproben.

In der Regel werden zunächst repräsentative Städte ausgesucht, dann repräsentative Geschäfte und die darin am häufigsten verkauften Produkte. Mit dem »Warenkorb« will man die gesamte Bandbreite des privaten Konsums abdecken, er wird laufend aktualisiert.

Für die Messung der Preisentwicklung notieren rund 600 Preisnehmer in ganz Deutschland Monat für Monat die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Insgesamt werden so monatlich mehr als 300 000 Einzelpreise erfasst.

Weiterhin werden die Qualitätsänderungen berücksichtigt, vor allem bei Produkten des technischen Fortschritts. Eine weitere Basis für die Berechnung ist die Ein-

kommens- und Verbrauchsstichprobe:

Dabei zeichnen rund 60 000 Teilnehmer ihr Haushaltsbudget freiwillig auf und übermitteln die Daten an die Statistischen Landesämter.

Für »Preisgefühl« und für Preisrealität gleichermaßen wichtig sind vor allem häufig gekaufte Waren und Dienstleistungen. Und bei den Verbrauchsgütern, zu denen neben Strom und Gas auch die Nahrungsmittel und Kraftstoffe gehören, liegt die Steigerung seit Einführung des Euro ab 1. Januar 2002 mit 35 Prozent erheblich höher als die im selben Zeitraum gemessene Inflations-



Die Inflationsrate entspricht nicht dem Konsumbudget: Grafik von 2001 bis 2011

rate von 17,0 Prozent. Ein Beispiel: Ein Haushalt, der im Dezember 2001 Waren und Dienstleistungen im Wert von 2000 Euro kaufte, musste ein Jahr später 23 Euro mehr ausgeben. Im November 2011 musste dieser Haushalt bereits 332 Euro mehr aufwenden als für die Güter im Jahr 2001.